



Rede

Tag der Deutschen Industrie am 25. September 2018,
Station Berlin

Prof. Dieter Kempf
Präsident, Bundesverband der Deutschen Industrie

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1463
F: 030 2028-2463

Internet
www.bdi.eu

Lassen Sie mich vorweg einige Bemerkungen zu einem leider hochaktuellen Thema machen: Wir sind eine offene Gesellschaft, Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir brauchen Vielfalt und keine Einfalt. Wir sind bunt, nicht braun. In unserem Land ist kein Platz für Hetze und Fremdenfeindlichkeit. In welcher Form und wo auch immer sie sich denn zeigen mag. Hass und Intoleranz haben in Wirtschaft und Gesellschaft nichts zu suchen.

In der Wirtschaft sind wir auf kluge Köpfe angewiesen, egal welcher Nationalität oder Hautfarbe. Die Möglichkeiten einer gezielten, qualifizierten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sind unabdingbar, um Deutschland zukunftsfest zu machen. Wen wir überzeugen wollen, nach Deutschland zu kommen, dem müssen wir auch das Gefühl vermitteln, hier willkommen zu sein. Umgekehrt ist die Integration in den Arbeitsmarkt die beste Voraussetzung für ein gutes und verständnisvolles Zusammenleben. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer gehen seit Jahren mit gutem Beispiel voran und bieten diese Integration in den Arbeitsmarkt. Vielen Dank dafür.

Ich wünsche mir, dass sich auch die politische Diskussion zu diesem Thema in unserem Land wieder versachlicht. Wir müssen einander besser zuhören, um einander besser zu verstehen. Mehr Realismus, mehr Sachlichkeit und weniger Aufgeregtheit und Eitelkeit würden allen Beteiligten gut zu Gesicht stehen.

Seit Jahren stellen wir in vielen Diskussionen und Debatten fest, dass sich so mancher einer Utopie hingibt: Es gäbe eine Chance auf ein Leben ohne Risiko– das heißt: in vollständiger Sicherheit. Risiken werden dabei zunehmend mit konkreten Gefahren und Bedrohungen gleichgesetzt. Ich finde es erstaunlich, wie viele Menschen neuen, riskanten Extremsportarten frönen, aber auf der anderen Seite hochemotional über Acrylamid in Chips oder eine Glyphosat-Belastung im Bier diskutieren. „Wir brauchen eine neue Gesellschaft, in der Menschen weniger ängstlich und besser informiert auf Risiken reagieren“, formulierte es Gerd Gigerenzer, Autor des Buches „Risiko“. Der Begriff Risiko geht auf Ursprünge des italienischen Handels

im 14. Jahrhundert zurück. „Rischiare“ bedeutete damals, „Klippen zu umsegeln“ oder sich in „klippenreiche Gebiete“ vorzuwagen.

Klippen umschiffen, auf Basis kontrollierter Risiken professionell die richtigen Entscheidungen treffen, das ist in unseren Unternehmen gelebter Alltag. Der professionelle Umgang mit Risiken fällt in diesen Zeiten aber nicht immer leicht. Die Groko schafft es täglich in die Top-News – aber was sind die Eckpfeiler ihrer Steuer- und Wirtschaftspolitik? Der Aufschwung ist im neunten Jahr – wie lange hält er noch an? Worüber müssen wir uns mehr Sorgen machen, über den Sachgrund mancher Tweets oder den Absender dieser Tweets?

Wir erleben eine US-Administration, die sich von multilateralen Systemen und von internationalen Vereinbarungen abkehrt, sei es nun das Iran-Abkommen, das Klimaabkommen oder TPP. Für Europa bedeutet das: mehr Verantwortung übernehmen und die Handelsagenda mit gleichgesinnten Partnern vorantreiben. Umso wichtiger sind die Freihandelsabkommen mit Kanada und Japan. Und wir müssen endlich Mercosur abschließen und die Verhandlungen mit Australien und Neuseeland zügig vorantreiben.

Zitat Azevêdo: „Neue Hemmnisse bedrohen Wachstum, Arbeitsplätze und die Erholung der Weltwirtschaft.“ Und ein weiteres Zitat: „Wir rufen alle, die den Handel als Kraft des Guten sehen, auf, die Stimme zu erheben.“ Zitate Ende. Offene Handelspolitik ist ein zentraler Baustein einer liberalen, regelbasierten Weltordnung. Deshalb wird auch der BDI weiter seine Stimme erheben und sich nach Kräften dafür einsetzen.

Der US-Markt ist und bleibt für die deutsche Industrie enorm wichtig und ein attraktiver Standort, nicht nur der US-Steuerreform wegen. Es wäre deshalb grundfalsch, sich jetzt aufgrund vorübergehender Schwierigkeiten von unserem langfristigen Partner USA loszusagen. Im Gegenteil: Wir werden weiterhin unsere Interessen vertreten – mit guten Argumenten, echten Fakten und mit ausgestreckter Hand. Der BDI geht hier voran. Denn nicht nur Handel und Investitionen sind die Währungen, die zählen. Es sind – vor allem – die Menschen. Unter dem Motto „Wunderbar together“ startet

nächste Woche, am 3. Oktober, in den USA das „Deutschlandjahr“. Es wird gefördert vom Auswärtigen Amt, durchgeführt vom Goethe-Institut und unterstützt vom BDI. Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen: Die transatlantischen Beziehungen sind viel mehr als nur das politische Verhältnis.

Das sind Menschen, die Freundschaften über den Atlantik pflegen, mit ihren Verwandten in Kontakt bleiben und sich für ihre Vorfahren interessieren, die Teil von Austauschprogrammen sind, die neugierig sind auf Kunst, Kultur und Wirtschaft des jeweils anderen. Wir freuen uns über die Unterstützung einer Reihe namhafter Unternehmen und hoffen auf noch mehr. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, das transatlantische Verhältnis zu festigen.

Es ist höchste Zeit für eine Reform zur Stärkung der Welthandelsorganisation WTO. Das heißt: Wir müssen das Regelwerk modernisieren und die Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen der WTO verbessern. Es ist gut, dass sich die G20 vorgenommen haben, die Reformen in der WTO voranzutreiben. Denn klar ist: Die WTO ist als Hüterin des Welthandels und damit für unseren Wohlstand unverzichtbar.

Beim Blick auf die Krisenherde darf ein Wort zu dem Konflikt zwischen den USA und China nicht fehlen. Die weitere Eskalation der vergangenen Tage ist sehr besorgniserregend. Viele unserer Unternehmen haben in China und den USA investiert, sie leiden damit direkt unter neuen gegenseitigen Zöllen. Deutsche Unternehmen sind fester Bestandteil der weltweiten Produktion und Wertschöpfungsketten. Die USA und China sollten den Konflikt dringend deeskalieren. China muss sich mit der Kritik seiner Handelspartner ernsthaft auseinandersetzen. Die Barrieren im chinesischen Markt sind für unsere Unternehmen immer noch sehr hoch. Zugleich drücken seit Jahren strukturelle und staatlich begünstigte Überkapazitäten aus chinesischer Produktion auf westliche Märkte. Wir begrüßen alle Schritte der chinesischen Regierung in Richtung Freihandel. Eigentlich müssten diese ganzen Risiken, Konflikte, Krisenherde und verbalen Attacken das Zusammenrücken und die Geschlossenheit innerhalb

der europäischen Staaten fördern. Aber: Wo ist er, unser europäischer Patriotismus? Kein einzelnes Land in der EU kann auf der internationalen Bühne auch nur annähernd so viel Einfluss haben wie die EU als Ganzes. Um diesen Einfluss zu wahren, braucht es europäische Stärke und Geschlossenheit. Aber was bedeutet das konkret?

Zwei großen Zielen müssen wir uns widmen: die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen und den Binnenmarkt vollenden. Mehr als zehn Jahre nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sind Banken und Finanzmärkte heute viel straffer reguliert als vor der Krise. Dies war notwendig.

Viele Meilensteine zur Vollendung der Bankenunion und zur Vertiefung der Währungsunion haben wir bereits erreicht. Unser Kontinent braucht eine stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik in allen Mitgliedstaaten und Strukturreformen, um Produktivität und Wohlstand zu steigern. Wir brauchen einen starken ESM, einen Europäischen Währungsfonds, der im Krisenfall auch ohne IWF und EZB Krisen managen kann. Entscheidend sind: Risikoreduktion, Risikokontrolle und dann Risikoteilung.

Europas Finanzen brauchen eine klare Ausrichtung an Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Aktuell stehen die Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen der EU für die Jahre ab 2021 bevor. Hier geht es auch um sehr viel deutsches Steuergeld. Ich fürchte, Frau Bundeskanzlerin, es wird Ihnen nicht erspart bleiben, viele Nächte in den Ratsgebäuden in Brüssel zuzubringen. Die internationale politische Bedeutung Europas leitet sich aus unserer größten Stärke, dem EU-Binnenmarkt, ab. 61 Jahre nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft muss die Vollendung dieses Binnenmarktes höchste Priorität haben.

Was sind die großen Errungenschaften und Vorteile dieses Raums ohne Binnengrenzen? Neben den vier Grundfreiheiten ist es vor allem die Tatsache, dass es einen Wirtschaftsraum für 500 Millionen Menschen und mehr als 21 Millionen Unternehmen gibt, den größten Binnenmarkt der Welt, der Standards setzt und seine Stärke, ein vereintes Wertegerüst, viel mehr als bisher ausspielen sollte.

Aber es könnten bald deutlich weniger als 500 Millionen Menschen sein. Das geplante Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bedauern wir sehr. In den nächsten Wochen muss der Durchbruch zu einem Abkommen über den Austritt gelingen. Denn daran hängt die Übergangsfrist, die bis zum Ende des Jahres 2020 Rechtssicherheit für die Unternehmen auf beiden Seiten des Ärmelkanals schafft. Selbst diese Zeit wird kaum ausreichen, um ein Freihandelsabkommen, wie es sich das Vereinigte Königreich vorstellt, auszuhandeln.

Unser Bestreben muss sein, den Schaden zu begrenzen, den der Brexit unweigerlich verursachen wird. Daran arbeiten wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsverbänden und befreundeten Wirtschaftsverbänden. Vielen Dank für dieses hohe Maß an Einigkeit und Unterstützung.

Ich bin nun seit gut eineinhalb Jahren BDI-Präsident. Wir können stolz sein auf leistungsstarke Unternehmen, deren Führungskräfte, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich daran arbeiten, Produkte und Prozesse zu optimieren, neue Märkte zu erschließen, Innovationen zu entwickeln und dabei auch kalkulierte Risiken einzugehen. Was unsere Unternehmer dafür dringend brauchen, sind Planungssicherheit, Stabilität und kräftiger Rückenwind aus der Politik.

Der BDI hat seine Konjunkturprognose von 2 ¼ auf 2 Prozent für dieses Jahr revidiert. Die gedämpfte Exporterwartung von 5 Prozent auf 3,5 Prozent zeigt, dass die Politik von US-Präsident Donald Trump und der Brexit bereits Spuren hinterlassen.

Vor genau einem Jahr hat Deutschland gewählt. Es folgten die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Es gab einen Stolperstart, wir erinnern uns alle daran. Und jetzt, knapp 200 Tage nach Beginn der Großen Koalition? Lassen Sie es mich so ausdrücken: Gestolpert wird immer noch. Ja, Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg, aber auch vom Respekt vor der Meinung des anderen, so hat es schon Richard von Weizsäcker auf den Punkt gebracht.

Aber: Ist nicht auch ein Kabinett ein Kollegialorgan wie eine Geschäftsleitung oder ein Vorstand? Auch dort gibt es manchmal schwierige Entscheidungsfindungen. Aber nach außen muss eine einheitliche Meinung und Linie vertreten werden. Andernfalls hilft nur Durchgriff oder personelle Veränderung.

Und ja, wir spüren politische Kraft und Gestaltungswillen – aber für welche Themen? Der Fokus der Bundesregierung ist geprägt vom Verteilen sozialer Wohltaten – natürlich verlockend angesichts sprudelnder Steuereinnahmen. Tatsächlich benötigt Deutschland jetzt nichts weniger als die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft. So, wie Ludwig Erhard sie verstanden hat. Ich zitiere: „Es muss daher im ureigensten Interesse jeder organischen Sozialpolitik liegen, eine zugleich expansive wie auch stabile Wirtschaft sicherzustellen.“ Der Markt ist das Bestimmende, das Soziale und die Wettbewerbssicherung sind die notwendigen Eingrenzungen.

Drei Themen gehören aus Industriesicht ganz besonders in den politischen Fokus: 1. die Steuerpolitik, 2. die Energie- und Klimapolitik und 3. die Digitalisierung. Der erste beschlossene Schritt zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Ende der Legislaturperiode ist halbherzig und bezieht die meisten Unternehmer nicht in die Abschaffung ein. Er führt zu erhöhten Grenzsteuerbelastungen für mittlere Einkommen. Wir fordern den Einstieg in den Ausstieg aus dem Soli für alle Unternehmen bereits in dieser Legislaturperiode. Der Steuerwettbewerb ist neu eröffnet. Die USA haben die Unternehmensteuer gesenkt, Frankreich hat sie gesenkt, Großbritannien will und wird senken. Steuerlich sind wir nicht mehr wettbewerbsfähig. Auch die Europäische Kommission, der IWF und nicht nur der BDI haben immer wieder Strukturreformen und ein investitionsfreundlicheres Steuersystem in Deutschland angemahnt. Ein Lichtblick sind die Entwicklungen bei der steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung. Sie soll jetzt tatsächlich zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Spät, aber dennoch. Das wäre ein schöner Erfolg. Wie lange haben wir dafür gekämpft.

Das nächste Thema ist essentiell für die Zukunft des Industrielandes Deutschland. Wenn ich auf unsere Energie- und Klimapolitik blicke, bin ich in großer Sorge. Der BDI hat in seiner großen Klimapfade-Studie zum Jahresanfang Wege aufgezeigt, wie Deutschland seine politischen Klimaziele erreichen kann: mit ganzheitlicher Herangehensweise, effizienter Umsetzung und einer enormen Summe von Investitionen. Von einer konsistenten und effizienten Klima- und Energiepolitik sind wir in Deutschland noch weit entfernt.

Wir streiten um einen rein national gedachten Kohleausstieg, registrieren Stillstand in der Gebäudesanierung, beobachten einen dramatischen Rückstand im Netzausbau und erleben einen kontinuierlichen Anstieg der Stromkosten. Natürlich brauchen wir saubere Energie, aber sie muss auch sicher und bezahlbar sein.

Die Verkündung neuer, noch ehrgeizigerer Klimaziele ist die falsche Antwort auf die erkennbaren praktischen Defizite in der Umsetzung. Auf dem aktuellen Klimapfad der deutschen Politik werden die enormen Chancen auf der Strecke bleiben – und die Risiken wachsen. Wir brauchen flexible und kluge Pfade, wenn wir Klimaschutz und Wohlstand miteinander in Einklang bringen wollen. Die deutsche Industrie ist konstruktiv und innovativ, aber sie ist nicht grenzenlos belastbar. Die Politik trägt hier eine enorme Verantwortung für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Statt moralischer Beschwörungsformeln, planwirtschaftlicher Gedankenspiele und starrer Reduktionsansätze ist es Zeit für realistische, ganzheitliche und effiziente Lösungsansätze. Gerade hier sehe ich das Bundeswirtschaftsministerium in der Pflicht, den notwendigen marktwirtschaftlichen Realismus in die Diskussion einzubringen.

Mehr Tempo beim Netzausbau ist von zentraler Bedeutung für die Digitalisierung von Staat, Gesellschaft und Industrie 4.0. Bis 2025 müssen Gigabit-Infrastrukturen im Fest- und Mobilfunknetz für alle Unternehmen und entlang der Verkehrswege verfügbar sein - auch für die gut zwei Drittel der Industriearbeitsplätze, die sich auf dem Land befinden. Der zwölf Milliarden. Euro schwere Fördertopf allein reicht nicht aus. Gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen müssen wir einen Dreiklang umsetzen – und Vergabeverfahren vereinfachen, Baukapazitäten erhöhen sowie Investitionsanreize stärken. Ja, wir müssen auch Tempo aufnehmen beim neuen Mobilfunkstandard 5G. Die Politik muss nun gemeinsam mit Netzbetreibern und Anwenderindustrien schleunigst konkrete Lösungskonzepte für eine weitgehende Versorgung liefern. Lassen Sie uns dabei aber nicht vergessen, dass wir parallel dazu auch die Lücken in der Glasfaserversorgung und im 4G-Bereich schließen müssen.

KI- „Künstliche Intelligenz“, ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft – sei es etwa in der Gesundheitswirtschaft, der Mobilität oder Logistik. Die richtigen Weichenstellungen, damit meine ich zielgerichtete Investitionen, für KI werden für den zukünftigen Wohlstand unserer Gesellschaft und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ausschlaggebend sein. Viele Staaten, etwa Frankreich, die USA oder China, haben bereits ihre KI-Strategie vorgelegt, die sie jetzt zielstrebig umsetzen.

Kaum ein anderes Land hat eine so starke industrielle Basis und verfügt über solch ein breites Wissen bei der Entwicklung komplexer Komponenten, Systemlösungen und industrieller Produktionsprozesse wie Deutschland. Das sind unsere Datenschätze, die wir mit KI heben können. Unter enger Einbindung der Industrie muss daher die Bundesregierung ihre Strategie für künstliche Intelligenz zügig konkretisieren und dann rasch die Umsetzung bringen. Viele unserer Unternehmen haben bereits erhebliche Fortschritte bei der Digitalisierung ihrer Produkte, ihrer Prozesse und bei der Nutzung digitaler Plattformen gemacht und in vielen Fällen dabei auch schon KI eingebunden. Lassen Sie uns diese Wege konsequent fortsetzen, und lassen sie uns versuchen, auch jene von der Richtigkeit des Weges zu überzeugen, die gegenwärtig noch zögern. Abwarten stellt hier sicherlich das größere Risiko dar.

Gestern Abend konnten wir einen Menschen bestaunen, der mit seiner Mission geradezu ein Musterbeispiel für das Eingehen kontrollierter Risiken ist, Alexander Gerst, „unseren“ Astro-Alex im Weltraum. Ja, seine Mission ist mit Risiken behaftet. Aber sie zeigt, dass ein vernünftiger Umgang mit Risiko zu neuen Erkenntnissen und zu Fortschritt führt.

Gerade hier in Berlin-Kreuzberg finden wir viele Beispiele für Start-ups ohne Scheu vor Risiko. Viele Gründer kooperieren gerne und oft mit mittelständischen Unternehmen. Beide treibt lebendiger Unternehmergeist an – und die Überzeugung, dass Risiko system- und unternehmensimmanent ist.

Ihre Ideen, Ihr unternehmerischer Mut, das Wissen um Ihre Stärken und das kalkulierte Eingehen von Risiken lässt sie in die Ausbildung ihrer Beschäftigten und in ihre Betriebsmittel investieren. Gerade das sollten wir anerkennen.

Wir fordern nicht, dass die Politik nun stärker ins Risiko gehen soll. Aber wir fordern, dass Politik mehr Voraussetzungen dafür schafft, dass Unternehmerinnen und Unternehmer ein planbares Risiko gehen können. Damit sie Chancen nutzen für Wohlstand, Teilhabe und Beschäftigung im Standortwettbewerb des 21. Jahrhunderts.